



Änderungsantrag

der Fraktionen SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

zum Antrag der Fraktion DIE LINKE "Resolution - Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein"

Drucksache 17/ 274

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass sich auch in diesem Jahr ein breites Bündnis aus Kirchen, Parteien, Verbänden und Initiativen gefunden hat, um gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen am 27. März in Lübeck zu protestieren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt das klare Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands, das Eintreten für die Freiheit und Toleranz des Grundgesetzes, unterstützt das zivilgesellschaftliche Engagement der demokratischen Öffentlichkeit und ruft dazu auf, sich friedlich ohne Gewalt an den Demonstrationen zu beteiligen.

Der Landtag spricht dabei auch allen Polizeibeamten für ihre bisherige und zukünftige Arbeit seinen ausdrücklichen Dank aus, ebenso wie seinen Respekt und seine Anerkennung, wenn zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates die schwere Aufgabe übernommen werden muss, die Versammlungsfreiheit auch im Angesicht der Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu schützen.

Begründung:

Der Landtag von Schleswig-Holstein ist sich seiner historischen Verantwortung für die Wahrung von Demokratie und Freiheit bewusst. Fremdenhass, Antisemitismus und die Verherrlichung des Krieges haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Die Opfer des Bombenangriffes auf Lübeck in der Nacht zum Palmsonntag 1942 mahnen uns, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Die Zerstörung von Lübeck, Kiel, Hamburg, Dresden und anderer deutscher Städte im 2. Weltkrieg sind die Folge von Leid und Unrecht, welches die nationalsozialistische Gewaltherrschaft über die Völker Europas gebracht hat.

Der Missbrauch der Gedenktage durch Rechtsextremisten stellt für den Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Verhöhnung der Opfer dar, der entschieden entgegengetreten werden muss

Serpil Midyatli
und Fraktion

Werner Kalinka
und Fraktion

Gerrit Koch
und Fraktion

Luise Amtsberg
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und Fraktion